

Kanalfragen und Kriegswucher.

Aus der Etatsberatung des Reichstages.

Den Schlußteil der Beratungen des Reichstags über den Etat des Reichsamts des Innern bildeten Kanalfragen, die gestern noch zu einer recht ausgiebigen Erörterung führten. Der Krieg hat sich hier als ein großer Anreger bewährt, und es wurden gewissermaßen nur die Folgerungen aus den Lehren gezogen, denen sich, sollte man meinen, niemand verschließen dürfte. Hat er doch wie an einem gigantischen Schulbeispiel gezeigt, welcher Wert einem wohlausgebauten Kanalsystem zukommt, welchen Nutzen es uns gebracht hätte, wenn wir über ein solches System bereits verfügen würden. Freilich, auf der Linken hat man ja die Wichtigkeit der Sache längst erkannt. Die Zauderer und Widerstrebenden sitzen auf der Rechten: und wie ihr jetziges Verhalten lehrt, sind auch in diesem Punkte die Erfahrungen des Krieges ziemlich spurlos an ihnen vorübergezogen.

Burden von einzelnen Rednern bestimmte Kanalpläne besonders befürwortet, so war der wesentlichste Kern der Aussprache doch der Antrag Bassermann, der für die Uebernahme der Wasserstraßen auf das Reich und die Schaffung eines Reichsamts für Wasserstraßen eintritt. Es lagen auch Anträge — vom Haushaltsausschuß und dem fortschrittlichen Abg. Liesching — vor, die bis zur dritten Lesung die Bereitstellung von Reichsmitteln zur Förderung bestimmter Kanalpläne verlangten. Die Konservativen indes empfahlen die Einberufung eines Ausschusses, um erst unter Zuziehung von Vertretern der beteiligten Bundesstaaten zu prüfen, für welche Wasserstraßen Reichsmittel in Anspruch zu nehmen seien: das läuft nämlich auf eine Verschleppung hinaus. In der allgemeinen Abneigung gegen ein großzügiges Kanalnetz gesellt sich indes noch ein anderes Moment: die Abneigung gegen die Ueberweisung neuer Aufgaben an das Reich, der Partikularismus. Und dabei treffen sie ja auf eine ähnliche Seelenverfassung in der Zentrumspartei. Die Rede des konservativen Abgeordneten v. Brodhause, der die Verdienste Preußens um den Kanal über den grünen Klee pries, worin ihn auch der Zursif „Nit-za-Landkanal“ nicht irre machte, zeigte den preussischen Partikularismus in Reinkultur. Die Abgeordneten Dr. List von der Nationalliberalen und Dr. Müller-Meinigen von der Fortschrittlichen Volkspartei setzten sich dagegen mit Wärme für die Vereinheitlichung des Wasserstraßenwesens unter der Obhut des Reiches ein. Der fortschrittliche Redner betonte insbesondere, daß für die Durchführung des Rhein-Donau-Kanals zunächst die Schaffung der notwendigen rechtspolitischen Garantien durch eine neue Donauakte erforderlich sei. Der Antrag Bassermann wurde mittels Hammelsprungs, der eine Mehrheit von 125 Stimmen der gesamten Linken gegen 110 Stimmen der Konservativen und des Zentrums auswies, angenommen; auch die anderen Anträge fanden Annahme.

Hierauf wurde zur Beratung des Justizetats übergegangen, zu dem eine stattliche Anzahl von Entschlüssen und Anträgen gestellt ist. Die darin vorgelegten Vorschläge und Wünsche wurden von verschiedenen Rednern begründet und unterstützt. Namentlich wurde von allen Seiten über den Kriegswucher Bericht gehalten und dessen wirksame Bekämpfung verlangt. Staatssekretär Lisco gab der Hoffnung Ausdruck, daß er gelingen werde, ihn gründlich zu fassen.

Der Sitzungsbericht steht in der 2. Hofze.